
Prüfungsschwerpunkte des Rechnungshofes betreffend E-Government

Johann Vilanek

Oktober 2008

Mitarbeiter: **7 Akademiker**
Juristen
Betriebswirt
Techniker

Aufgabenbereiche: **Organisation**
Personal
IT

EU Definition:

"Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien in öffentlichen Verwaltungen in Verbindung mit organisatorischen Änderungen und neuen Fähigkeiten, um öffentliche Dienste und demokratische Prozesse zu verbessern und die Gestaltung und Durchführung staatlicher Politik zu erleichtern."

Der Begriff "E-Government" steht für eine **moderne, leistungsorientierte und effiziente Verwaltung.**

Dieser Beitrag stellt anhand von **Fallbeispielen** dar, welche **Themenbereiche** und **Prüfungsziele** der RH in seinen Gebarungsprüfungen zum E-Government schwerpunktmäßig behandelt.

In einem kurzen Überblick werden die beiden Prüfungsansätze, Projektprüfung und Vollzugs- bzw. Organisationsprüfung beleuchtet.

Abschliessend werden **Thesen zur Rolle der Gebarungsprüfung** im Bereich des e-government zur Diskussion gestellt.

„E-Government Applikationen ergeben sich aus den organisatorischen Abläufen innerhalb einer Organisation und aus der Kommunikation mit dem Bürger bzw. mit externen Organisationseinheiten. Daher ist grundsätzlich die Organisationseinheit mit ihren Aufgaben, Abläufen, externen und internen Partnern sowie deren Hierarchie zu betrachten um einerseits optimale Bedingungen (organisatorische Abläufe) für die im Arbeitsprozess betroffenen Beamten sowie die Grundlage für einen optimalen Einsatz von E-Government Applikationen zu schaffen“

•Überblick über das Prüfgebiet

- Beispielprüfung
 - Vollzugs- und Organisationsprüfung
 - Projektprüfung; E-Government Implementierungen
- Rolle der Gebarungsprüfung

Organisation: St. Pölten

Land Niederösterreich

Personal: Landesbeamtenpensionssysteme

Nebengebühren des Bundes

E-Government: e-card

HV-SAP

ELAK im Bund

etc.

Der Rechnungshof überprüft die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der staatlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft auf der Grundlage der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

- ❑ Überprüfung auf Übereinstimmung mit den bestehenden Rechtsvorschriften
- ❑ Ziffernmäßige Richtigkeit
- ❑ Wirtschaftlichkeit (efficiency): Erreichen eines optimalen Verhältnisses zwischen dem Mitteleinsatz (input) und der Leistungserbringung (output) (Soll/Ist-Vergleich).
- ❑ Sparsamkeit (economy): Erreichen einer Ausgabenminimierung für die vorgegebenen Aufgaben.
- ❑ Zweckmäßigkeit (effectiveness): Erreichen eines hohen Grades der Zielerreichung.

Projektprüfung

- Politische Entscheidung*
- Vergabe
 - Rechtliche Abwicklung
 - Inhaltliche Gestaltung
- Projektabwicklung
- Roll Out
- Schulung
- Betrieb

Vollzugs- und Organisationsprüfung

- Gesamt- bzw. Bereichsprüfung
- Organisatorische Abläufe
 - Intern
 - Extern
- Technische Abbildung
 - IT Infrastruktur
 - Verwendbarkeit „useability“
 - Datensicherheit
 - etc.

- **Überblick über das Prüfgebiet**
- Beispielprüfung
 - Vollzugs- und Organisationsprüfung
 - Projektprüfung; E-Government Implementierungen
- Rolle der Gebarungsprüfung

Stadt St.Pölten

- ❑ **Organisationsprüfung in den Abteilungen**
 - Erheben der Aufgaben und organisatorischen Abläufe
 - Erheben und darstellen der technischen Unterstützung und Abbildung
- ❑ **Personalprüfung**
 - Erheben der Organisationsstrukturen und Besoldungsschemata
 - Stichprobenweise überprüfen der Besoldung
- ❑ **IT Prüfung (IT Infrastruktur)**
 - Erheben der Infrastruktur
 - Erheben der Organisatorischen Abläufe
 - Vergabepaxis

Durchschnittliche IT Ausgaben von 2000 bis 2004

<input type="checkbox"/> Personalaufwand	1 Mill. Euro
<input type="checkbox"/> IT Investitionen	300 Tsd Euro
<input type="checkbox"/> IT Sachaufwand	600 Tsd Euro
<input type="checkbox"/> Sonstige	300 Tsd Euro

Jährliche Gesamtausgaben

der Stadt St. Pölten 2,2 Mill. Euro

Organisation:

Abteilung für Strafverfügung und Verwaltungsstrafen

Feststellung: Zweimalige Erfassung von Zahlungseingängen in ca. 1000 Fällen pro Jahr

–In der Abteilung

–In der Abteilung für Rechnungswesen

Empfehlung: Einmaliges Erfassen der Daten

E-Government Applikation:

Abteilung für Strafverfügung und Verwaltungsstrafen

Feststellung: Implementierung eines Programms zur Verwaltung der Verkehrsangelegenheiten (Auftragsvolumen 20.000 Euro)

- Keine Betreuung durch die IT Abteilung (nicht gewünscht)
- Keine Akkordierung mit der Abteilung für Rechnungswesen bezüglich Organisationsänderung um Doppelerfassungen zu vermeiden
- Kein Lasten- bzw. Pflichtenheft
- Kein Projektplan lediglich angepeilter Termin für Produktivbetrieb
- Zur Einschau des RH Teile des Programms vorhanden
- Termin für Produktivbetrieb bereits verstrichen

E-Government Applikation:

Abteilung für Strafverfügung und Verwaltungsstrafen

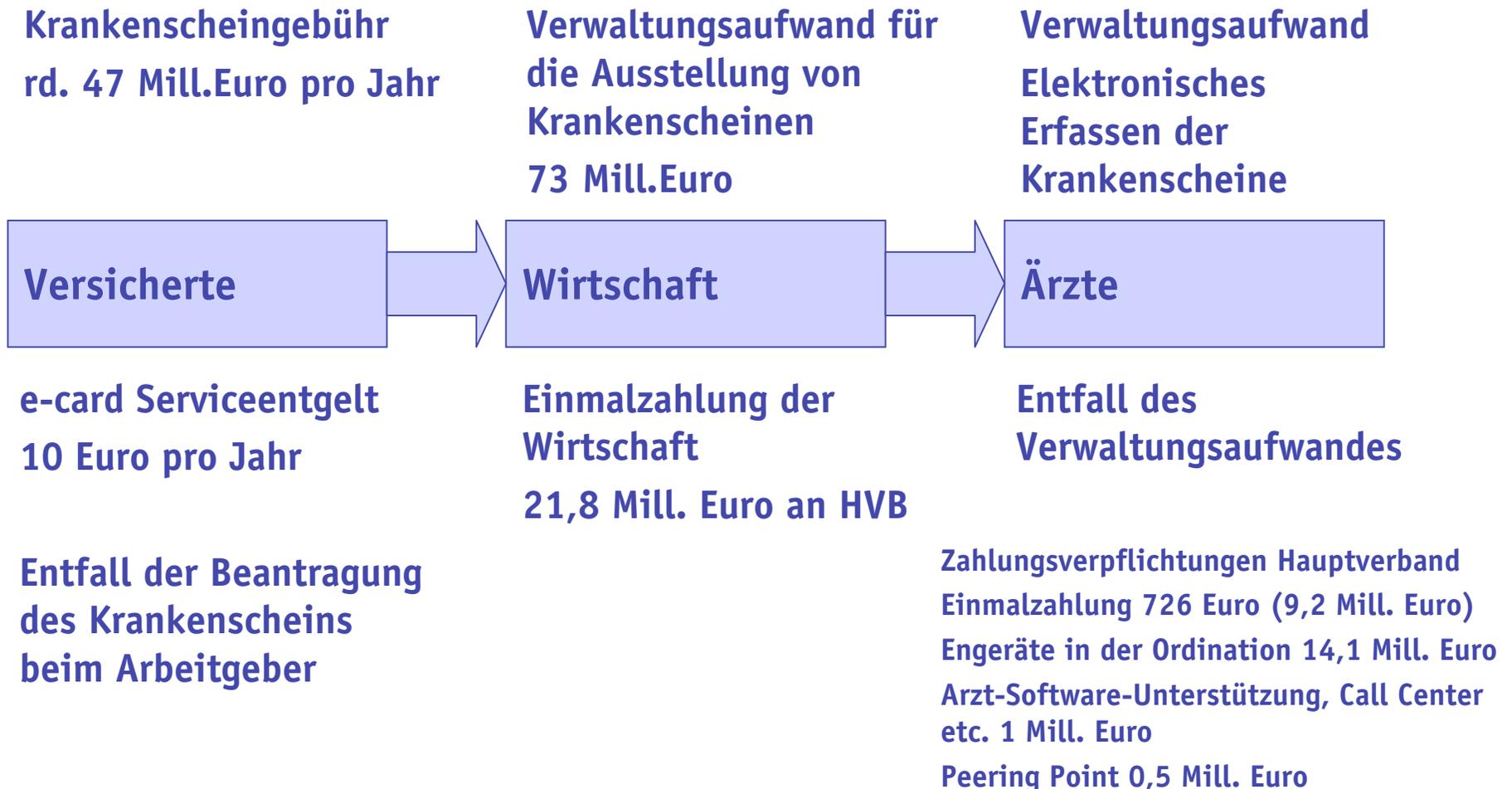
Empfehlungen: Implementierung eines Programms zur Verwaltung der Verkehrsangelegenheiten unter Berücksichtigung der RH Empfehlungen

- Erteilen eines schriftlichen Auftrages mit Fertigstellungstermin
- Projektbetreuung durch die IT Abteilung (Projektmanager)
- Akkordierung mit der Abteilung für Rechnungswesen bezüglich Organisationsänderung um Doppelerfassungen zu vermeiden
- Umsetzen des Programms in einem IT Projekt
 - Lasten- bzw. Pflichtenheft
 - Projektplan (Meilensteine)

Die Empfehlungen des RH wurden mittlerweile umgesetzt

- **Überblick über das Prüfgebiet**
- Beispielprüfung
 - Vollzugs- und Organisationsprüfung
 - **Projektprüfung; E-Government Implementierungen**
- Rolle der Gebarungsprüfung

Projektumfeld: Projektprüfung e-card



- ❑ **Projektkosten: 130 Mill.Euro**
- ❑ **Versorgung von 12.000 Vertragsärzten**
- ❑ **Projektdauer: 1,5 Jahre**
 - Projektstart: 12.01.2004
 - Probebetrieb: 3.01.2005
 - Vollbetrieb: Mitte 2006 (Ende Rollout)
- ❑ **SV-ChipBE (2005)**
 - Aufwand: 8,2 Mill.Euro
 - Personalaufwand: 4,6 Mill.Euro
 - Personal: 55 Mitarbeiter

Bürgerkarte (sichere Signatur)

- Ersetzt die eigenhändige Unterschrift im elektronischen Verkehr mit Behörden und im Wirtschaftsleben
- 10 Euro pro Jahr
- Laufende Verlängerung

Verwaltungssignatur

- Ersetzt die eigenhändige Unterschrift im elektronischen Verkehr mit Behörden
- Kostenfrei
- Ablauf mit Ende 2007

- Kosten der Bürgerkarte für den Nutzer: Die elektronische Signatur (Unterschrift) sollte der eigenhändigen Unterschrift von den gleichgestellt werden.**

- Mittlerweile umgesetzt: Die e-card kann kostenfrei zu einer Bürgerkarte aufgewertet werden.**

Ordinationsclient:	proprietäre Lösung
Kartenleser (e-card):	proprietäre Lösung
Kosten proprietäre Lösung:	1910 Euro pro Ordination
Kosten laut Ausschreibung:	439 Euro pro Ordination

Hauptverband ging von der Annahme aus, dass die Kosten von den Nutzern (Ärzten) übernommen werde.

- ❑ Zukünftig Nutzer mit am Markt vorhandenen Clients und Kartenleser ausstatten.
- ❑ Die Prüfung dieser Option wurde zugesagt.

- ❑ Der RH sah die technologische Änderung ohne Kostenschätzung als problematisch für die Verhandlungen mit den Nutzern an. Die zu tragenden Kosten von HVB und Nutzern wären vor Projektstart festzulegen gewesen.
- ❑ Die Kosten für die Infrastruktur der Nutzer wurde vom Hauptverband übernommen

Geplante Projektkosten: 35 Mill. Euro

Tatsächliche Projektkosten: 78 Mill. Euro

Betriebskosten: 7 Mio Euro

Projektdauer: geplant: 1988 bis März 2002

tatsächlich: bis April 2004

Buchhalter 2001 Ressorts: 1.093 Personen

Buchhaltungsagentur 2004: 552 Personen

Preisblatt der Ausschreibung

- Lizenzkosten
- Durchschnittlicher Stundensatz
- Stundensatz externer Leistungserbringer
- Generalunternehmerzuschlag

- 3 Unternehmer boten die selbe Standardsoftware an
- 1 Unternehmer bot eine andere Standardsoftware an
(Wobei diese einen geringeren Abdeckungsgrad bot)

- ❑ Der RH kritisierte, dass lediglich die Stundensätze für die Umsetzung des Projekts anzugeben waren. Eine Abschätzung des notwendigen Zeitaufwandes für die Umsetzung des Projekts jedoch nicht gefordert war.
- ❑ Weiters kritisierte der RH, dass die Gesamtkosten für das Projekt nicht angegeben waren.
- ❑ Der RH empfahl zukünftig den Gesamtaufwand (Gesamtkosten) in die Ausschreibung mit aufzunehmen.

Organisation:

- Erheben der organisatorischen Abläufe in den Ministerien
- Erheben der organisatorischen Abläufe bei der Übermittlung der Daten an die Buchhaltungsagentur
- Erheben der Abläufe in der Buchhaltungsagentur.

- ❑ Die Doppelerfassung (Zeit und Kostenaufwand) der Haushaltsverrechnungsdaten in der HV-SAP und dem elektronischen AKT.
- ❑ Den Medienbruch zwischen der elektronischen Verrechnung der der Genehmigung auf Papier
- ❑ Die völlig unterschiedliche Behandlung der Rechnungen in den Ressorts.
- ❑ Die fehlende Zuordnung zwischen Haushaltsverrechnung und elektronischen Akt.
- ❑ Das Ausdrucken der gescannten Belege in der Buchhaltungsagentur zur Archivierung

- ❑ Implementierung einer Schnittstelle zwischen HV-SAP und dem ELAK um eine Kopplung der Daten und somit Datenintegrität zu erreichen.
- ❑ Finden einer normierten Darstellungsart der elektronischen Rechnungen.
- ❑ Einrichten eines elektronisches Archivs in der Buchhaltungsagentur um das Wiederausdrucken der gescannten Belege zu verhindern.

- **Überblick über das Prüfgebiet**
- Beispielprüfung
 - Vollzugs- und Organisationsprüfung
 - Projektprüfung; E-Government Implementierungen
- Rolle der Gebarungsprüfung

Strategische Grundlagen

Ansatz

- Gute Datenbasis essentiell für informierte Entscheidungen
- Volle Transparenz bei der Erhebung und Darstellung der Inhalte

„core beliefs“

- Gesamtbetrachtung (Personal, Organisation und E-Gov Werkzeuge)

Prüfungsplanung

Prüfungs- ziele

- Darstellen der Organisationsstrukturen
- Abbilden der E-Gov. Landschaft
- Erheben der Nutzerzufriedenheit
- Handlungsbedarf zeigen

Prüfungs- themen

- Planung optimierter Abläufe
- Definition von E-Gov Leistung
- Finanzen: Projektkosten, Kostenrechnung, Arbeitsplatzkosten, Finanzierung